

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Die Vergangenheit aufarbeiten!

**SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer beim Bundesparteitag 2000:
Stolz auf alle, die Widerstand gegen faschistische Regime leisteten**

In seinem umfassenden Grundsatzreferat beim SPÖ-Bundesparteitag in Wien-Oberlaa, bei welchem er mit überwältigender Mehrheit zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde, hielt Alfred Gusenbauer Abrechnung mit der schwarz-blauen Regierung, die Österreich in die größte außenpolitische Krise der Zweiten Republik geführt hat und mit ihrem Sozialabbau-Programm eine Umverteilung von unten nach oben, von der Masse der Arbeitnehmer zu den Unternehmern und den Wohlhabenden vornimmt. Zugleich aber gab er auch starke Signale für einen Aufbruch der Sozialdemokratischen Partei mit dem Ziel, die Voraussetzungen für eine Mehrheit diesseits von Blau und Schwarz zu schaffen.

In diesem Zusammenhang sprach Gusenbauer auch die notwendige Kritik an manchen Fehlern der bisherigen Politik der SPÖ im Allgemeinen und im Umgang mit der NS-Vergangenheit Österreichs im Besonderen aus. Er sagte:

„Ein Neustart, davon bin ich überzeugt, ist nur dann möglich, wenn man die Fehler und offenen Fragen der Vergangenheit aufarbeitet, sonst holen sie einen nämlich irgendwann wieder ein. Das ist auch der Grund für die Erklärung zum Umgang der Sozialdemokratie mit den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern nach 1945, die ich gemeinsam mit Heinz Fischer präsentiert habe. Manche halten sie für unnötig, weil ohnehin selbstverständlich. Ich sehe das anders.



Neustart mit SPÖ-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer

Noch einmal: Es gibt für mich überhaupt keinen Zweifel, dass gerade auch viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Opfer des Nationalsozialismus – und auch des Austrofaschismus – waren und dass zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heldenhaften Widerstand gegen diese Regime geleistet haben. Daran gibt es nichts zu rütteln, und wir sind besonders stolz auf diese Genossinnen und Genossen, die ihr Leben im Kampf für Freiheit und Demokratie riskiert haben.

Meine Erklärung steht auch nicht isoliert, sondern in einer langen Tradition von wichtigen Schritten in Richtung Aufarbeitung der Vergangenheit. Unter Bruno Kreisky wurde die zeitgeschichtliche Forschung in Österreich

forziert, die bereits in den siebziger Jahren – oft gegen großen Widerstand – mit vielen Tabus über die Zeit zwischen 1934 und 1945 gebrochen hat. Diese Erkenntnisse sind in der Folge – ein bedeutendes Verdienst von Fred Sinowatz – auch in den Unterricht an den Schulen eingegangen. Franz Vranitzky hat in seiner beeindruckenden Rede 1991 klargestellt, welche Rolle Österreich in der Nazi-Zeit gespielt hat und den lange währenden Mythos vom alleinigen „Opfer“ Österreich beendet. Viktor Klima schließlich verdanken wir die Einrichtung der Historiker-Kommission, die sich fundiert den schwierigen Fragen der Wiedergutmachung widmet. Und als ganz aktuelles Beispiel möchte ich die Rede von Hannes And-

rosch beim Theodor-Herzl-Symposium nennen, die zu diesem Thema sehr klare Worte findet. Wenn wir zu Recht Haider und Konsorten wegen jeder bedenkliehen Äußerung scharf kritisieren, dann muss eindeutig und unmissverständlich klar sein, dass wir in unseren eigenen Reihen nicht einmal die kleinste Anspielung tolerieren. Wenn wir überzeugt sind, dass Verharmlosungen und Rechtfertigungen in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus in keiner Weise akzeptabel sind, dann müssen wir bei uns selbst ganz besonders konsequent sein.

Und weil wir die Geschichte unserer Partei kritisch und differenziert aufarbeiten, fordern wir auch die ÖVP und FPÖ sowie andere gesellschaftliche Institutionen auf, ihr Verhältnis zum Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart zu prüfen und offen zu legen. Darauf hat die Öffentlichkeit, darauf haben vor allem die Opfer der faschistischen Regime und ihre Nachkommen ein Recht!

Victor Klemperer, dessen Tagebuch-Aufzeichnungen aus den Jahren 1933 bis 1945 zum Scharfsinnigsten, aber auch zum Erschütterndsten zählen, das jemals über die Nazi-Zeit geschrieben worden ist, notiert nach Kriegsende einmal, es gebe, ein bisschen allzuviel Unkraut im Paradiesgarten der ‚Nachkriegszeit‘. Um bei diesem Bild zu bleiben: Es ist hoch an der Zeit, auch die letzten Reste auszu jäten!“



Vertreter der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und des KZ-Verbandes bei der Kranzniederlegung vor dem Denkmal gegen Faschismus und Krieg. Von links nach rechts: Edith Krisch, Ernst Nedwed, Alfred Ströer, Oskar Wiesflecker, Friedl Krenn.

Fischer: Ohne euren Mut gäbe es die 2. Republik nicht

Zum 55. Jahrestag der Gründung der Zweiten Republik am 27. April 1945 empfing Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände, bestehend aus Vertretern des KZ-Verbandes, des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, um mit ihnen gemeinsam dieses Tages zu gedenken. Fischer würdigte aus diesem Anlass den Mut, die Opferbereitschaft und die Weitsicht jener, die sich dem nationalsozialistischen Gesinnungsdruck nicht gebeugt haben und sich in ihrem Glauben an die Wiedererrichtung eines freien, demokratischen und unabhängigen Österreich nicht erschüttern ließen. Ohne den Mut dieser Patrioten und Freiheitskämpfer aus den verschiedensten politischen Lagern, die zeitweise in einer geradezu aussichtslosen Lage waren und von denen viele ihren Mut und ihre Gesinnung mit dem Leben bezahlen mussten, wäre die Wiedererrichtung der Republik in jener Form, wie sie sich im April 1945 vollzogen hat, nicht möglich gewesen, sagte Fischer.

In den seit damals vergangenen 55 Jahren habe Österreich bewiesen, dass die Grundsätze, die an der Wiege der Zweiten Republik gestanden sind, taugliche Fundamente für eine jahrzehntelange positive Entwicklung unseres Landes gewesen sind. Abschließend dankte der Nationalratspräsident allen Mitgliedern der Delegation für ihre gesinnungsfeste rot-weiß-rote Haltung. In der Delegation waren Frauen und Männer, die jahrelang in den Nazi-Konzentrationslagern Dachau, Mauthausen, Buchenwald, Ravensbrück und

Flossenbürg verbrachten, andere waren in Gefängnissen oder mussten in Strafabteilungen der Wehrmacht dienen. Bundesvorsitzender Alfred Ströer bekräftigte in seinen Dankesworten im Namen der Kämpfer für ein freies Österreich deren Treue zur parlamentarischen Demokratie und zur Republik. Vor ihrem Weg ins Parlament hatte die Delegation vor dem Mahnmal gegenüber der Albertina einen Kranz niedergelegt. Die Schleifen trugen die Aufschrift: „Den Opfern im Kampf für Österreichs Freiheit 1938–1945“.



Die Vertreter der Opferverbände im Gespräch mit Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer

„Söhne eine

Auch heuer wieder beging die Bundesversammlung am 4. Mai den 1997 beschlossenen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im historischen Reichsratssitzungssaal des Parlaments. Als Ehrengast hatte Nationalratspräsident Heinz Fischer für die Gedenkansprache den polnischen Humanisten und früheren Außenminister Wladyslaw Bartoszewski, der acht Jahre seines Lebens in Nazi-KZs und stalinistischen Kerkern verbracht hat, gewonnen.

Heinz Fischer bekannte sich dazu, dass heute wieder darüber diskutiert und nachgedacht wird, wie Österreich nach 1945 mit der Periode des Nationalsozialismus umgegangen ist. Dennoch, so Fischer, verdienen die Nachkriegsregierungen, die in schwierigsten Zeiten den Wiederaufbau einleiten mussten, Anerkennung: „Die österreichische Bundesregierung der Jahre 1945 bis 1953 unter dem Vorsitz des KZ-Häftlings Leopold Figl und der Nationalrat der Nachkriegsjahre, in dem Opfer des Nationalsozialismus, politische Häftlinge und überzeugte Antifaschisten eine große Mehrheit hatten, mögen Fehler gemacht und Unterlassungen zu verantworten haben. Aber in einem Punkt haben sie richtig gehandelt: Dass nämlich nicht Rache und Revanche an der Spitze ihres Programmes gestanden ist, sondern der Versuch eines gemeinsamen Wiederaufbaues von Staat und Demokratie und die schrittweise Versöhnung mit möglichst vielen derjenigen, die zwar in verhängnisvoller Weise politisch in

und Töchter starben nicht für historische Missgeburt“

die Irre gegangen sind, sich aber persönlich nichts zu Schulden kommen ließen und die sich darüber hinaus nach 1945 in untadeliger Weise am Wiederaufbau des Gemeinwesens beteiligten. Sogar Rosa Jochmann hat sich dazu durchgerungen zu sagen: „Vergessen nein, Verzeihen ja.“ Dieses „Niemals vergessen“ werde gerade auch durch den Gedenktag „Gegen Gewalt und Rassismus“ in Erinnerung an die Befreiung des KZ Mauthausen betont. „Wir schämen uns dafür, dass auch Österreicher in beträchtlicher Zahl an den Verbrechen und Schandtaten des Nationalsozialismus beteiligt waren“, betonte Fischer. Doch das entschiedene Bekenntnis gegen alle Reste von Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus ist und bleibt ein unverzichtbares Bauelement der Republik. „Seien wir streng gegen jedes Versäumnis in diesem Kampf, aber auf der Basis von Kriterien, deren Einhaltung in allen 15 EU-Staaten in gleicher und rechtsstaatlicher Weise überwacht und sichergestellt wird“, mahnte Fischer abschließend Fairness in der Frage der „Sanktionen“ ein.

Wladyslaw Bartoszewski erinnerte an die Verheerungen, die die zwei Weltkriege und die totalitären Systeme, allen voran der rassistische Nationalsozialismus, der ganze Völker biologisch auslöschen wollte, angerichtet haben, und nannte Mauthausen und Auschwitz „Zeichen des Grauens und der letzten Warnung“. Hoffnung aber gebe es, dass in vielen Ländern Europas, „so auch in Österreich, heute eine Generation herangewach-



Nationalratspräsident Heinz Fischer und der Gast aus Polen, Wladyslaw Bartoszewski

sen ist, die die Vergangenheit, die ihren Großeltern beschieden war, neu entdeckt. Die junge Generation versteht oft besser als die Älteren, dass der Vollzug von Gerechtigkeit auch darin besteht, dass man die Opfer weiterhin ehrt und die Vollstrecker der NS-Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten lässt.“

Zweimal erhielt Bartoszewski für Passagen seiner Rede Sonderapplaus. Einmal, als er in Bezug auf die Widerstandskämpfer sagte: „Diese Menschen haben fest geglaubt, dass es ihre Pflicht ist, für Österreich das Risiko von Leiden auf sich zu nehmen und sogar zu sterben. Der österreichische

Staat, ein freies Österreich, ein souveränes österreichisches Volk waren im Denken dieser Österreicher, der besten Söhne und Töchter ihres Vaterlandes, bestimmt keine historische Missgeburt.“ Und noch ein zweites Mal spielte er, als er auf die Millionen Zwangsarbeiter zu sprechen kam, auf ein Haider-Zitat an: „Es erübrigt sich zu erklären, dass diese gnadenlose Ausbeutung der wehrlosen Opfer der Gewalt gemäß der nationalsozialistischen Weltanschauung zu den normalen Bestandteilen der ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs gehörte.“ Die neben dem applaudierenden

Bundeskanzler Schüssel und VP-Klubobmann Khol sitzenden FPler Riess-Passer und Westenthaler rührten dazu keinen Finger. Den künstlerischen Höhepunkt der Gedenkfeier bildete das von namhaften Schauspielern wiedergegebene stenographische Protokoll einer „Besprechung über die Judenfrage“ nach dem November-Pogrom 1938, in der der Nazi-Granden unter Vorsitz von Göring mit eiskaltem Zynismus festlegten, auf welche Weise die verfolgten und zu Parias entwürdigten Juden nun auch wirtschaftlich brutal ausgeraubt werden sollten – ein weiterer Schritt auf dem Weg nach Auschwitz. ■

Roma-Ausstellung

In den Räumen der Bezirksvorsteherung Wien-Favoriten fand im April eine Ausstellung zum Gedenken an die in der Nazi-Zeit deportierten Lovara, Sinti und Roma statt. Ausgangspunkt der Verschleppungsaktionen war die Hellerwiese, der heutige Belgradplatz; deshalb lief die Ausstellung unter dem Titel „Die Hellerwiese – der vergessene Teil der Geschichte.“ Bezirksvorsteherin Hermine Mospointner verurteilte im Beisein der Zeitzeugen Johann „Mongo“ Stojka (Autobiographie „Papierene Kinder“, Moldenverlag) und Professor Karl Stojka die Greueltaten der Nationalsozialisten; es sei wichtig, sich auch heute gegen ausländerfeindliche Tendenzen zu wenden. Die Dokumentation wurde nach Ende der Ausstellung dem Bezirksmuseum Favoriten übergeben.

Von der NDP zur FPÖ

Im niederösterreichischen Ort Sankt Andrä-Wördern wurde kürzlich Frank-Dieter Stanzel, ein ehemaliger hoher Funktionär der NDP, als neuer FP-Gemeinderat angelobt. Stanzel ist beim DÖW kein Unbekannter. In den achtziger Jahren war er zuerst „Bundesschriftwart“, dann Landessprecher der niederösterreichischen Nationaldemokraten. Die NDP wurde bekanntlich 1988 wegen Wiederbetätigung verboten. Seit 1994 ist Stanzel bei der FPÖ, wurde auch ein höherer Funktionär in der Landespartei und erhielt nun eines der zwei FP-Mandate in der Gemeinde. Die Frage eines „Presse“-Journalisten, ob er sich von seinen einstigen NDP-Ansichten distanzieren, beantwortete er: „Damit würde ich ja einen Teil meines Lebens verleugnen.“ Die NDP sei damals eine legale Partei gewesen.

Ja zu Gusenbauer-Initiative

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten begrüßt die Erklärung des SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer zur Aufarbeitung des NS-Erbes in der Zweiten Republik. Im Einzelnen wird dazu ausgeführt:

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer waren immer unter den Ersten, wenn es um die Durchsetzung antifaschistischer Grundsätze in inhaltlichen und personalpolitischen Fragen in der SPÖ ging. Zu erwähnen ist die Schaffung des Opferfürsorgegesetzes unter maßgeblicher Mitwirkung der Frauen und Männer des Widerstandes. Auch der Kampf gegen die im Nachkriegsösterreich grassierende Unterstützung von wieder gegründeten deutschnationalen und rechtsextremen Gruppierungen war von großer Bedeutung. Der weiter bestehende Antisemitismus,

der in der Borodajkewicz-Affäre offenkundig wurde, war für die Freiheitskämpfer ein Grund, besonders junge Menschen in ihre Arbeit einzubeziehen.

Die Freiheitskämpfer haben von Anfang an einen sehr kritischen Standpunkt gegen den Verband der Unabhängigen und später gegen die FPÖ eingenommen, und sie haben opportunistische Tendenzen einer Annäherung an diese „Dritte Kraft“ bekämpft. In der Auseinandersetzung Wiesenthal Peter haben sie z. B. einen kritischen Standpunkt zu SPÖ-Vorsitzendem Kreisky in aller Offenheit eingenommen. Sie konnten sich in vielen Fragen nicht durchsetzen, waren jedoch eine mahnende Stimme, die auch beachtet und manchmal berücksichtigt wurde. Vor allem haben die Zeitzeugen des Widerstandes eine große Aufgabe in der Aufklärungs- und Erziehungsarbeit übernommen. Na-

men wie Rosa Jochmann, Karl Czernetz, Peter Strasser, Josef Hindels und Alfred Ströer sollen stellvertretend für viele andere engagierte Antifaschisten genannt werden.

Eine bedeutende Rolle in der Bekämpfung des Rechtsextremismus spielt das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, das als überparteiliches Institut immer mit der Unterstützung und Verteidigung seiner wissenschaftlichen Arbeit durch die SPÖ rechnen konnte. Die SPÖ kann bei der Aufarbeitung ihrer Rolle in der Zweiten Republik darauf hinweisen, dass sie in ihren Reihen aktive Widerstandskämpfer hatte, die auf den verschiedensten Ebenen der Partei antifaschistische Arbeit leisteten. Es ist zu hoffen, dass der Initiative von Alfred Gusenbauer auch solche in den anderen Parteien folgen werden.



Hubert Pfoch wird 80

Am 5. Juni wird Hubert Pfoch seinen 80. Geburtstag feiern. Geboren als Kind einer Ottakringer Arbeiterfamilie, wurde er schon mit acht Jahren ein „Roter Falke“. Er erlernte das Bau- und Möbeltischlerhandwerk und war von 1936 an Mitglied einer illegalen Jugendgruppe der Revolutionären Sozialisten. Nach dem „Anschluss“ musste er zuerst zum Reichsarbeitsdienst, 1940 wurde er als Pionier zur Wehrmacht einberufen. Beim Militär blieb sein Widerstandsgeist – im engsten Kreis Gleichgesinnter – aufrecht. Nach der Desertion in der End-

phase des Krieges konnte Pfoch mit 8. April 1945 die legale politische Tätigkeit im Rahmen der SPÖ Ottakring sofort aufnehmen. Er trat in den Dienst der Gemeinde Wien, war 1946–1954 Obmann der SJ Wien, wurde 1949 in den Gemeinderat, 1962 zum Nachfolger von Karl Kysela als Obmann der SPÖ Ottakring gewählt, war ab 1964 Amtsführender Stadtrat in mehreren Ressorts (Öffentliche Einrichtungen, Hochbau, Wohnen und Liegenschaftswesen), von 1973–1978 auch Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter und 1979–1984 Erster Präsident des Wiener Landtages. Seit 1984 ist Hubert Pfoch Präsident des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes. In seinen Erinnerungen an die Schrecken der Hitlerherrschaft nimmt sein Augenzeugenbericht über die Mas-

senmorde im Zuge eines Judentransports im Bahnhof von Sidlce (Polen) einen besonderen Platz ein. Pfoch und zwei seiner Kameraden, die auf dem Weg zur russischen Front waren, protestierten bei dem SS-Offizier, der die ukrainische Wachmannschaft befahl, gegen das grausame Vorgehen; dieser drohte, für die „österreichischen Schweine“ gleich noch einen Waggon an den KZ-Transport anzuhängen. Pfoch gelang es, heimlich vier Fotos von den Greueltaten zu machen, die dann seine Zeugenaussage beim Prozess gegen den Lagerleiter von Treblinka, Stangl, untermauerten. Pfoch wurde heuer bereits beim Treffen der alten SJler im Wiener Rathaus geehrt (Bild). Auch die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gratulieren Hubert Pfoch zu seinem 80. Geburtstag.

Mauthausen: „Niemals vergessen!“

Mit rund 14.000 Teilnehmern waren heuer doppelt so viele Menschen zu der Gedenkfeier in das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen gekommen wie im vorigen Jahr. Als Grund für diese rege Teilnahme ist wohl nicht zuletzt die Regierungsbeteiligung der FPÖ zu nennen. Die Bundesregierung war deshalb im Gegensatz zu früheren Gedenkfeiern heuer ausdrücklich nicht eingeladen. Doch war auch kein Regierungsmittglied als Privatperson anwesend.

Teilgenommen haben hingegen SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer, Nationalratspräsident Heinz Fischer, die Exkanzler Franz Vranitzky und Viktor Klima sowie ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch, der auch die Gedenkrede hielt. In dem von den Nazis bereits 1938 errichteten Konzentrationslager Mauthausen und seinen insbesondere während des Krieges ausgeweiteten 49 Nebenlagern waren rund 200.000 Menschen aus so gut wie allen Staaten Europas inhaftiert. Mehr als die Hälfte von ihnen wurde ermordet oder ging an den unmenschlichen Haftbedingungen zugrunde. Das Leid hatte erst ein Ende, als am 5. Mai ein Spähtrupp der 11. amerikanischen Panzerdivision in das KZ vordrang. Die große Gedenkfeier begann mit einem ökumenischen Wortgottesdienst, anschließend formierten sich die Länderdelegationen auf der Lagerstraße für den Einmarsch zum Appellplatz, wo die traditionelle Gedenkfeier stattfand. In seiner Rede distanzierte sich Fritz Verzetnitsch deutlich von Rassismus und Nationalsozialismus: „Ich klage alle jene an, die Täter und Mittäter gewesen sind. Ich klage alle jene an, die, aus welchen Gründen auch immer,



Die SPÖ-Prominenz nahm an der Gedenkfeier teil

das Tuch des Vergessens über die Vergangenheit breiten wollen. Ich klage alle jene an, die aus taktischen oder politischen Gründen mit dem Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit tagespolitisches Kleingeld machen wollen. Dies darf und kann nicht ein Kavaliersdelikt sein.“

Franz Vranitzkys Botschaft war ebenso unmissverständlich: „Niemals vergessen, nie-

mals mehr den Boden der Demokratie, der Freiheit und des Rechts verlassen.“ Und SPÖ-Abgeordneter Caspar Einem erinnerte daran, dass die Periode zwischen 1938 und 1945 „kein schwarzes Loch war. Es waren Menschen wie wir, die die Geschichte gemacht und zugelassen haben“.

Am Abend des Gedenktages fand – eine allerdings umstrittene Idee von Leon Zelman

(„ein Versuch zu heilen“) – im Steinbruch ein Konzert der Wiener Philharmoniker mit Beethovens 9. Symphonie statt. Bundespräsident Thomas Klestil sagte zuvor in einer Ansprache: „Zur Trauer über die Toten kommen heute Scham und Zorn darüber, dass es nicht zuletzt auch Österreicher gewesen sind, die an diesen Untaten beteiligt waren.“ Zu den Lehren von Mauthausen gehöre die Erkenntnis, dass nicht nur für verbrecherische Taten Verantwortung bestehe, sondern auch dafür, dass diese durch Wegschauen und Unaufmerksamkeit möglich geworden sind.



Ehemalige Häftlinge aus fast allen Ländern Europas kamen zur Gedenkfeier

Auschwitz-Leugner Irving abgeblitzt

Das Oberste Gericht Großbritanniens in London hat kürzlich die Verleumdungsklage des Auschwitz-Leugners David Irving gegen eine ihn kritisierende Historikerin abgewiesen und ihn einen Antisemiten und Rassisten genannt. Das war das Urteil in einem dreimonatigen Prozess, den Irving selbst angestrengt hatte und in dem zahlreiche Fachleute bestätigten, dass er Geschichtsfälschung betreibt.

Irving hatte die amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt geklagt, die ihn als einen aktiven Holocaust-Leugner bezeichnet hatte, der mit Rechtsextremisten zusammenarbeite. Der seit Jahren umstrittene britische Historiker behauptet in seinen Büchern und Vorträgen, Gaskammern hätte es in Auschwitz nie gegeben, sie seien erst nach dem Krieg eingebaut worden, und überhaupt wäre ein Massenmord an fast sechs Millionen Juden rein technisch nicht möglich gewesen. Außerdem habe Hitler von der „Endlösung“

erst gegen Kriegsende erfahren. In Großbritannien ist die Auschwitz-Leugnung kein strafrechtlich verfolgbares Verbrechen. Deshalb kommt dem Urteil über Irving besondere Bedeutung zu, da die Beweislast ja bei der angeklagten Historikerin lag. Doch die geladenen Experten ließen keinen Zweifel daran, dass Irvings etwa 30 historische Werke ein falsches Bild von der Realität des Dritten Reiches zeichnen; der Cambridge-Historiker Robert Evans sprach von der „Tiefe der Verlogenheit“, die er in diesen Büchern gefunden habe.

Als Verlierer muss Irving die Prozesskosten von rund 40 Millionen Schilling tragen. Bereits 1992 war er in Deutschland als Auschwitz-Leugner verurteilt worden. Er hat dort, ebenso wie in Italien, Kanada, Australien und Österreich Einreiseverbot. Schon vor Jahren hat der damalige österreichische Innenminister Karl Blecha einen Vortrag Irvings in Wien untersagt und ihn ausgewiesen. ■

Euthanasie war für die Nazis erst ein Anfang

Medizin, Wissenschaft, Politik und Justiz haben in der Causa Heinrich Gross Schuld auf sich geladen“, sagte Wiens Gesundheitsstadtrat Sepp Rieder anlässlich der Eröffnung des Symposiums über NS-Euthanasie in Wien. Auf den Leichen ermordeter Kinder seien wissenschaftliche Karrieren aufgebaut worden, die Justiz habe Täter lange beschützt, und leider habe es auch die SPÖ zugelassen, dass sich kriminelle politische Wendehälse bei ihr einnisten konnten. Als eine der Hauptaufgaben des Symposiums bezeichnete Rieder das Enttarnen von Mechanismen, wie es zu Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung generell kommen kann. „Wenn ich mir den vergangenen Gemeinderatswahlkampf der FPÖ ins Gedächtnis rufe, wird mir klar, dass diese Mechanismen auch heute noch existieren und oft auch funktionieren“, sagte Rieder. In den Vorträgen der Wissenschaftler wurde unter anderem berichtet, dass die Nationalsozialisten be-

reits 1939 in Wien rund 320.000 Menschen in eine Kartei aufgenommen hatten, die zu gegebener Zeit einer „Säuberung“ hätten unterzogen werden sollen. 1943 umfasste die Kartei bereits mehr als 700.000 – „Rassenschänder“, „Abtreiberinnen“, „sexuell Hemmungslose“ oder „Arbeitsscheue“. Daran lässt sich ermessen, was vielen Menschen nach einem „Endsieg“ Hitlers bevorgestanden wäre. Auch wurde darauf hingewiesen, dass nach dem Krieg neben Gross auch der Grazer Neurologe Hans Bertha Karriere machen konnte. Bertha war Arzt in der Vernichtungsanstalt Hartheim und Gutachter der Mordaktion „T 4“ (ihre fielen im ganzen Reich rund 70.000 Menschen zum Opfer) also einer von jenen, die die Todeskandidaten auswählten. Ein Volksgericht sprach ihn vom Vorwurf, illegaler Nazi gewesen zu sein, frei, er wurde Mitglied der SPÖ, Klinikchef und 1963 Dekan der medizinischen Fakultät in Graz. ■

Gedenken im Burgenland

Beim Kriegerdenkmal im Stadtpark von Oberwart wurde am 25. März eine Ausstellung zur Erinnerung an die NS-Opfer von Verfolgung und Widerstand im Burgenland – Juden, Roma, Antifaschisten – durch Hans Anthofer und Professor Stefan Billes eröffnet. Die Stadtgemeinde Oberwart hat diese Ausstellung und die an sie anschließende Diskussion im Rathaussaal unterstützt. Die Referate dort hielten die Historiker Gerhart Baumgartner und Siegfried Matzl (Uni Wien) sowie der Erziehungswissenschaftler Peter Gstettner (Uni Klagenfurt). Es ging dabei um Politik und Erinnerungsarbeit, insbesondere im Hinblick auf den Holocaust.

Tags darauf fand beim Rechnitzer Kreuzstadl, bei dem ein Landesmahnmal errichtet werden soll, eine Gedenkfeier statt. Rund 120 Menschen waren zu dieser stillen, fast familiären Feierlichkeit gekommen. Beim Kreuzstadl waren im Endstadium des Krieges 180 jüdische Zwangsarbeiter aus Ungarn von den Nazis brutal ermordet worden. Der Vizepräsident der Israelitischen Kultusgemeinde Oscar Deutsch mahnte zur Wachsamkeit. Die Rechnitzer evangelische Pfarrerin Sieglinde Pfänder sprach sehr klar die Mitschuld der christlichen Kirchen an den Verbrechen an den Juden aus.

Gilbert Wasserberger

Erwin Lanc 70

Am 17. Mai 1930 wurde Erwin Lanc in Wien geboren. Von Jugend an war Lanc in der sozialistischen Bewegung aktiv. 1949 wurde er zum Bezirksobmann der SJ Wien-Margareten gewählt, 1966 zum Obmann der Bezirksorganisation. Von 1960 bis 1966 gehörte Erwin Lanc dem Wiener



Foto: Henrich

Landtag und Gemeinderat an, 1966 wurde er Abgeordneter zum Nationalrat. Hier war er Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Integration. Am 18. September 1973 wurde er von Bundeskanzler Kreisky in die Regierung berufen. Zunächst übernahm er das Verkehrsressort, wo er die Modernisierung der Eisenbahn und des Fernsprechnetzes einleitete. 1977 zum Innenminister berufen, war er in dieser Tätigkeit auch stets wachsam gegenüber neonazistischen Aktivitäten. Schließlich war er im Kabinett Sinowatz von 1983 bis 1984 Außenminister, wofür er vor allem seine Erfahrungen als Abgeordneter bei der Vorbereitung der Verträge zwischen Österreich und den europäischen Gemeinschaften mitbrachte. Danach war er wieder als Bankfachmann tätig. Herzliche Gratulation zum Siebzigsten!

Aktivitäten des Landesverbandes Wien

Der Landesverband Wien der Freiheitskämpfer hat in Zusammenarbeit mit der Wiener SPÖ Bildung die Anregung des neuen Vorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer aufgegriffen, sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit zu befassen. In einer gut besuchten Veranstaltung, bei der Mag. Hannah Lessing, Dr. Wolfgang Maderthaler, Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer und NR a. D. Ing. Ernst Nedwed unter der Leitung von GR Dr. Michael Ludwig diese Fragen gemeinsam mit den Teilnehmern diskutierten, gab es viele interessante Aspekte zu diesem Thema und den Wunsch, vor allem junge Menschen mit diesen Fragen vertraut zu machen. In der SPÖ sind diesbezüglich Fehler geschehen, aber sie ist nach wie vor die stärkste antifaschistische Kraft in Österreich. Mit braunen Flecken werden sich vor allem andere Parteien wie z. B. die FPÖ auseinander setzen müssen. Das ist keine Frage der Vergangenheit, sondern ein Thema, das uns in der Gegenwart und in der Zukunft weiterhin stark beschäftigen wird.

Unsere Wiener Organisation war diesmal wieder beim Maifest der SPÖ auf der „Straße des 1. Mai“ mit einem Werbestand vertreten. Zahlreiche Mitarbeiter hatten die Möglichkeit, mit interessierten Wienerinnen und Wienern ins Gespräch zu kommen und ihnen auch Literatur über Faschismus und Rechtsextremismus anzubieten. Einige jüngere Besucher meldeten sich als unterstützende Mitglieder an, was sicherlich auf die gegenwärtige politische Situation in Österreich zurückzuführen ist. Die Mitglieder des Landesverbandes und Vertreter der Wiener Sozialistischen Jugend nahmen in mehreren Bussen an der Gedenkfahrt zur internationalen Befreiungskundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen teil. Die Sozialdemokratischen Freiheits-



Freiheitskämpfer-Stand beim SPÖ-Fest

kämpfer und auch andere sozialdemokratische Gruppen waren die stärkste Delegation unter den Österreichern bei dieser Kundgebung, die jedes Jahr vor allem von vielen ehemaligen KZlern und Angehörigen der Opferverbände aus ganz Europa besucht wird. Die Organisatoren sprachen von einer doppelten Anzahl von Teilnehmern an der

großen Gedenkveranstaltung, bei der diesmal neben Vertretern des internationalen Mauthausenkomitees der Präsident des Gewerkschaftsbundes, Fritz Verzetnitsch, und Bischof Aichern sprachen. Über Wunsch des internationalen Mauthausen-Komitees waren Vertreter der Regierung diesmal nicht anwesend.

Der Landesverband veranstaltet am Sonntag, dem 18. Juni 2000, eine Sonderfahrt zur Ausstellung „Krieg und Frieden“ im Internationalen Friedensinstitut in der Burg Schlaining. Diese Fahrt ist verbunden mit einem Besuch der Ausstellung „Roma 2000“ im offenen Haus Oberwart und mit einer Kranzniederlegung beim Roma-Denkmal. Der Kostenbeitrag für diese im Rahmen der Aktion „50 Jahre nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus“ beträgt inklusive Eintritt in die Ausstellung in der Burg Schlaining öS 120,-. Interessenten für die Fahrt mögen sich so bald wie möglich im Sekretariat der Freiheitskämpfer, Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon: 534 27/277, anmelden. Buchungen sind auch bei den Bezirksgruppen möglich. ■



Otto-Bauer-Plakette für Ali Kohlbacher

Unserem Freund und Mitkämpfer Alfred Kohlbacher wurde bei der letzten Sitzung des Bundesvorstandes die höchste Auszeichnung der Freiheitskämpfer, die Otto-Bauer-Plakette überreicht. Bundesvorsitzender Alfred Ströer hob hervor, daß Kohlbacher zu jenen engagierten und verlässlichen Genossen gehört, die als Antifaschisten und Internationalisten in ihrem politischen Leben immer wieder initiativ tätig sind. Für sie gilt das Wort von Rosa Jochmann vom „Kampf, der nie zu Ende geht“. Alfred Kohlbacher, gebürtiger Salzburger aus einer sozialistischen Familie, ist bereits seit 1945 bei den Roten Falken. Durch sein Studium in Wien kommt er mit dem VSStÖ und mit der Jungen Generation in der SPÖ in Kontakt und wird in vielen Bereichen politisch aktiv. In der SPÖ sind vor allem die Jahre der Opposition unter der Führung Bruno Kreiskys und der anschließenden sozialistischen Alleinregierung für den Techniker und wissenschaftlich

Denkenden eine Möglichkeit, sich in den vielen Reformdiskussionen einzubringen.

Als Beamter im Bereich der Österreichischen Raumordnungskonferenz bleibt er gleichwohl ein kritischer und linker Geist, der sich zum Beispiel für den Frieden in Vietnam und später für den Kampf der Sandinisten in Nicaragua sowie für viele Dritte-Welt-Projekte und Solidaritätsaktionen engagiert. In den 90er Jahren wird er auch Vorsitzender der Österr.-Kubanischen Gesellschaft, die vor allem mit humanitären Aktionen das vom US-Embargo isolierte Kuba unterstützt. Innerpolitisch und innerparteilich kämpft er mit der Gruppe „Initiative für eine sozialistische Politik“ gegen den Abbau Sozialdemokratischer Grundsätze. Seit einigen Jahren Mitglied des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer weiß Ali Kohlbacher, dass jede antifaschistische Arbeit auch eine antikapitalistische sein muss.



**Edgar Schranz
70 Jahre**

Ein Mitkämpfer von der ersten Stunde an, Prof. Dr. Edgar Schranz, langjähriger Abgeordneter zum Nationalrat, Mitglied des Wiener und des Bundesparteivorstandes sowie Bezirksvorsitzender der BO Leopoldstadt, begeht Anfang Juni seinen siebzigsten Geburtstag. Schranz, der schon als Kind unter dem Terror der antijüdischen Verfolgung der Nazis zu Leiden hatte, trat sofort nach dem Ende des Hitler-Faschismus der Sozialistischen Jugend Margareten bei, wo er gemeinsam mit Erwin Lanc am Aufbau der Bezirksgruppe und später der Wiener Mittelschülergruppen aktiv beteiligt war. Als kritischer Jungsozialist kam er gemeinsam mit Ernst Nedwed vor ein Schiedsgericht der Wiener SPÖ, das von schärferen Maßnahmen absehend eine Rüge beziehungsweise eine Verwarnung aussprach. Seine profunden Kenntnisse auf dem Gebiet der Sozialversicherung ermöglichten es ihm ohne Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit sein Studium abzuschließen. Als Vorsitzender der SPÖ Leopoldstadt leitete er schon früh politische und organisatorische Reformen ein, die schließlich auch zur Aktivierung vieler jüngerer MitarbeiterInnen führten. Seine Mandatartätigkeit startete im Bundesrat und setzte sich dann im Nationalrat fort. Gefürchtet waren seine messerscharfen Debattenbeiträge gegen rechtsextreme Ausrutscher. Er war auch aktiv mit Anfragen an die verantwortlichen Minister wegen neonazistischer und antisemitischer Vorfälle in Österreich.

Österreichische Zwangsarbeiter

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer begrüßen die mit der „Versöhnungskonferenz“ abgeschlossenen Vereinbarungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern und danken der Regierungsbeauftragten Dr. Maria Schaumayer für die rasche Verhandlungsführung, die angesichts des hohen Alters der noch Überlebenden unter den Opfern von größter Bedeutung war.

In einem Gespräch, in dem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs Dr. Schaumayer darüber informiert haben, dass auch Österreicher und Österreicherinnen während des Nazi-Regimes in Österreich Zwangsarbeit geleistet haben, hat die Regierungsbeauftragte um eine Auflistung des betroffenen Personenkreises ersucht. Die Arbeitsgemeinschaft sah folgende Personengruppen als für eine Entschädigung in Betracht kommend an:

Roma und Sinti in den „Zigeunerlagern“, die zur Zwangsarbeit angehalten wurden; Juden und so genannte „Geltungsjuden“ und „Mischlinge“, die in Wien u. a. bei der Mülldeponie, bei Leergutsammelstellen und im Messegelände Zwangsarbeit leisten mussten, sowie Personen aus den Arbeitslagern für jüdische Jugendliche (Doppl, Präbichl, Traunkirchen u. a.); österreichische KZ-Häftlinge der Lager Mauthausen und Dachau und ihrer Nebenstellen; Strafgefangene, die zur Zwangsarbeit abgestellt wurden; vom NS-Regime als „asozial“ qualifizierte Jugendliche, die zur Zwangsarbeit herangezogen wurden.

Die Zwangsarbeit dieser Menschen für private, staatliche oder kommunale Betriebe wurde bisher nicht speziell entschädigt. Seitens Dr. Schaumayers wurde eine Prüfung zwecks Einbeziehung dieser Personengruppen zugesagt. ■

Bundeswehr ehrt Feldwebel Schmid

Eine Kaserne der deutschen Bundeswehr in Rendsburg (Schleswig-Holstein) wurde am 55. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs nach dem Österreicher Anton Schmid, der als Feldwebel in Hitlers Wehrmacht diente, umbenannt. Schmid hatte mehr als 250 Juden aus dem Ghetto von Wilna zum Untertauchen verholfen und ihnen so das Leben gerettet. Als seine Aktionen aufgedeckt wurden, wurde er 1942 hingerichtet. Verteidigungsminister Rudolf Scharping sagte bei der Namensgebung, dass die Bundeswehr damit an die Traditionslinie des militärischen Widerstandes gegen Hitler erinnern wolle: „Zu unserer Geschichte gehört die Einsicht,

dass zu viele den Drohungen und Verlockungen der Diktatur erlagen und zu wenige die Kraft zum Widerstand fanden.“ Zu der Feier war Nationalratspräsident Heinz Fischer geladen, der für die „symbolträchtige Geste“ dankte und sie als „Zeichen eines Bekenntnisses von zwei Staaten, die eine belastende Vergangenheit haben und damit die Verpflichtung, Lehren für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen.“ Auch der österreichische Botschafter in Berlin, Markus Lutterotti, war Gast bei der Feier. Die Kaserne trug zuvor den Namen von Generaloberst Günter Riedel, der in der Nazi-Zeit auch als ehrenamtlicher Richter am Volksgerichtshof tätig war. ■

Die Wi

Nach dem Ende der „Schlacht um Wien“ zwischen der Roten Armee und der Hitler-Wehrmacht, zwischen 5. und 14. April 1945, wurden in Wien die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs neu gebildet und die Illegalität der Kommunistischen Partei Österreichs war beendet. Auch der überparteiliche Österreichische Gewerkschaftsbund wurde in diesen Tagen gegründet. Aktivisten, vor allem ehemalige Funktionäre der Parteien und der Gewerkschaften, übernahmen mit Zustimmung der sowjetischen Besatzungsmacht die lokale und regionale Verwaltung. Zum Bürgermeister von Wien wurde am 17. April der Sozialdemokrat General Theodor Körner, damals 72 Jahre alt, bestellt.

Am 21. April traf Dr. Karl Renner, der schon 1918 Staatskanzler der damals gegründeten Republik war, aus Niederösterreich in Wien ein und begann Verhandlungen zur Bildung einer provisorischen Regierung. Am 23. April erschien die Nummer 1 der Tageszeitung „Neues Österreich“ als „Organ der demokratischen Einigung“. Auf der Titelseite stand in großen Lettern: „Österreicher! Zum ersten Mal seit sieben Jahren dürft ihr wieder in aller Öffentlichkeit auf diesen uns allen so teuren Namen angesprochen werden. Die von Millionen Menschen unseres Vaterlandes so lange und so heiß ersehnte Stunde der Befreiung von der Nazi-Herrschaft ist gekommen!“ Das war zu einer Zeit, in der noch ein Großteil Österreichs „Reichsgebiet“ war und die Armeen der westlichen Alliierten noch nicht so weit vorgedrungen waren; erst am 8. Mai kapitulierte die Hitler-Armee bedingungslos. Die führenden Männer der beiden

edergeburt der Repulik



Auf dem Weg zum Parlament
(v. l. n. r.): Kopelnig, Schärf, Figl, Renner, Körner

großen Parteien waren von Anfang an zu einer Zusammenarbeit bereit; auch die Kommunistische Partei, die durch die sowjetische Besatzungsmacht einen gewissen Rückhalt hatte, bekannte sich dazu, sie baute vor allem in den unter sowjetischer Verwaltung stehenden Betrieben ihre Stützpunkte auf. Am 27. April 1945 proklamierten die drei Parteien die Unabhängigkeit Österreichs. Am Tag der Unabhängigkeitserklärung wurde auch die provisorische österreichische Staatsregierung unter Staatskanzler Dr. Karl Renner von der sowjetischen Besatzungsmacht anerkannt. Die Proklamation der drei Parteien wurde von Dr. Karl Renner und Dr. Adolf Schärf für die SPÖ, Leo-

pold Kunschak für die ÖVP und Johann Kopelnig für die KPÖ unterzeichnet. In ihr heißt es unter anderem: „Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 zu errichten. Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volk aufgezwungene Anschluss ist null und nichtig.“ Weiter wurden alle dem Deutschen Reich geleisteten Gelöbnisse für unverbindlich erklärt. „Von diesem Tag an stehen alle Österreicher wieder im staatsbürgerlichen Pflicht- und Treueverhältnis zur Republik Österreich.“ Die provisorische Regierung übernahm – vorerst nur in der Sowjetzone – ein grauenhaftes Erbe. Wien, St. Pölten, Wiener

Neustadt und andere Städte waren schwer zerstört. Die Bevölkerung litt Hunger, es fehlte an allem. Es gab kein Gas, keinen Strom, nichts zum Heizen und Kochen, kaum Nahrungsmittel, keine Verkehrsmöglichkeiten, keine Medikamente. Die westlichen Alliierten anerkannten die Regierung Renner erst, nachdem in einer Länderkonferenz die Beziehung von Politikern aus den nicht sowjetisch besetzten Gebieten beschlossen wurde; das war im Herbst 1945. Zugleich wurde die Abhaltung von allgemeinen Nationalratswahlen für 25. November 1945 beschlossen; ehemalige Mitglieder der NSDAP, der SS und SA waren von den Wahlen ausgeschlossen. Die Wahl brachte der ÖVP 85, der SPÖ 76 und der KPÖ 4 Mandate.

Am 19. Dezember erfolgte die erste Sitzung des österreichischen Parlaments. Die provisorische Regierung blieb noch bis 20. Dezember im Amt, an diesem Tag wählte die Bundesversammlung Dr. Karl Renner einstimmig zum Bundespräsidenten. Die Regierung unter Bundeskanzler Dr. Leopold Figl trat ihr Amt an. Die Frauen und Männer, die zum Teil aus den Konzentrationslagern kamen oder sonst Widerstand geleistet hatten, übernahmen mit der gemeinsamen Verantwortung für den Wiederaufbau des zerstörten Landes eine schwere Last. Sie haben in dieser schwierigen Zeit Großartiges geleistet. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung. Daran soll nach 55 Jahren erinnert werden.

Alfred Ströer



Gedenkfeier für die von den Nazis ermordeten St. Pöltner, die ihre Stadt retten wollten.

St. Pölten: Gedenken an 13 Aufrechte

Im April 1945 zeichnete sich das baldige Ende der Nazi-Schreckensherrschaft ab. Der rasche Vormarsch der Roten Armee durch das Wienerwald-Gebiet hatte dazu geführt, dass sich die Marschkolonnen der deutschen Wehrmacht tagelang durch Sankt Pölten in Richtung Westen absetzten. Die Soldaten wollten durch einen halbwegs geordneten Rückzug in die amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten. Umso fanatischer und grausamer war die mörderische Hand der Waffen-SS und der Feldgendarmarie. Sie richtete sich gegen angebliche Deserteure ebenso wie gegen die vom Bombenkrieg ver-

schont gebliebenen Brücken und Verkehrsverbindungen. Diese sollten gemäß Hitlers „Nero-Befehl“ zerstört werden.

Eine Schar aufrechter, mutiger Männer und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten stellte sich diesem Wahnsinn entgegen. Sie wollten Sankt Pölten vor den ärgsten Zerstörungen und den furchtbarsten Kriegsfolgen schützen. Doch dieser Plan wurde von SS und Nazi-Polizei aufgedeckt. Am 13. April 1945 wurden im Hammerpark zehn Männer und drei Frauen, aufrechte Österreicher und Österreicherinnen, von der SS hingerichtet. Ein Gedenkstein und ein Mahnmal aus Stahl

erinnern an diesen grausamen Mord, ausgeführt von einer Meute von Nazifanatikern kurz vor der Eroberung von Sankt Pölten durch die Sowjetarmee. Die sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Niederösterreichs legten zum Gedenken an diese Widerstandskämpfer einen Kranz nieder. Der Landesvorsitzende Karl Gruber erinnerte bei dieser Gedenkundgebung daran, dass gerade durch die Methoden der NS-Machthaber das Österreichbewusstsein neu und für immer geweckt wurde. „Blinder Fanatismus und die Erniedrigung von Menschen durch eine so genannte Herrenrasse dürfen nie-

mals wieder möglich werden. Die Toten mahnen – niemals vergessen ist unser Auftrag für die Zukunft. Es liegt vor allem auch an der Jugend, diese Zukunft in Frieden, Freiheit und Freundschaft selbst zu gestalten“

Unter anderen gaben 2. Landtagspräsidentin Heidi Onodi, NR Anton Heinzl, NR Beate Schasching LA Bürgermeister Anton Rupp (Herzogenburg), Bürgermeister Hans Haas (Traismauer) und der Sankt Pöltener Altbürgermeister Hans Schickelgruber dieser würdigen Gedenkfeier im Hain der Menschenrechte die Ehre ihrer Anwesenheit.

Karl Gruber

Wir gratulieren:

Zum 98. Geburtstag: Leopold Hlavacek, Karl Mach, Wien. **97. Geburtstag:** Rudolf Horak, Josef Schinko, Wien. **96. Geburtstag:** Franz Pesek, St. Pölten; Robert Weingartner, Wien. **94. Geburtstag:** Rudolf Guttmann, Pottendorf; Friederike Schneeweiss, Salzburg; Johann Mitrovits, Steinbrunn; Josef Dorfer, Zederhaus. **93. Geburtstag:** August Cerov, Bruck/Mur; Johann Moser, St. Katharein/Laming; Johann Thöne, Wien. **92. Geburtstag:** Theresia Kralofsky, Dr. Erna Sailer, Wien. **91. Geburtstag:** Josef Fencel, Wilhelm Reiter, Wien. **90. Geburtstag:** Max Hendrich, Bruck/Mur; Paula Billes, Eisenstadt; Aloisia Biss, Gablitz; Josef Frana, Karoline Sperlich, Johann Spitzauer, Wien. **85. Geburtstag:** Franz Weiss, Brunn am Gebirge; Sepp Brandl, Sophie Vidonya, Kapfenberg; Josef Mayer, Wels; Hildegard Kunesch, Wolfsegg am Hausruck; Leopold Brännler, Anna Hradil, Friederike Kostecka, Ludwig Lukasch, Johann Magschok, Grete Schneider, Herma Tichy, alle Wien. **80. Geburtstag:** Leopoldine Rank, Baden; Alfred Kohlbacher, Bruck/Mur; Margarethe Kehrein, Thörl; Ladislaus Kummer, Wiener Neustadt; Rudolf Bednar, Karl Diehs, Ing. Ferdinand Himsel, Angela Koch, Anna Matejka, Frieda Reinold, Anton Schmid, Martha Soukup, Lorenz Wasinger, alle Wien. **75. Geburtstag:** Johann Kaller, Gerasdorf; Johann Renten, Linz; Hans Birnbauer, Kurt Schmid, Alfred Sladek, Robert Widner, alle Wien.

Ihr blieb nichts erspart: Adieu, Alice Rusz

Alice Rusz verstarb völlig unerwartet am 19. 4. 2000. Sie wurde am 1. 6. 1922 als Tochter von Eduard und Anna Schleifer geboren und musste bereits in jungen Jahren die Schrecken der NS-Verfolgung erleben.

Ihr Vater, der Straßenbahner Eduard Schleifer, der nach dem Verbot unserer Partei von 1934 bis 1938 in der Unterstützungsorganisation für Not leidende Familien tätig war, deren Männer und Väter in Gefängnissen und im Anhaltelager inhaftiert waren, wurde nach dem Nazi-Einmarsch 1938 von der damaligen Städtischen Straßenbahn, trotz einer definitiven Anstellung, als Jude entlassen. Gegen diese rassistische Entscheidung stand ihm kein Rechtsmittel zu. Wenige Monate später wurde der Familie Schleifer die Gemeindewohnung im „Winarskyhof“ gekündigt. Am Tage des November-Pogroms 1938 (10. November) wurde Alices Vater verhaftet. Nach vier Wochen wurde der Vater entlassen und die Familie musste in eine Sammelwohnung ziehen, die sie mit weiteren acht Personen bewohnte. Alice beschreibt die verzweifelte Situation jüdischer Familien in ihren Erinnerungen: „Wenn ich mich an die demütigenden Wege zurückerinnere, dieses Von-Haus-zu-Haus-Gehen: ‚Nehmen Sie Juden als Mieter in Ihr Haus auf?‘, dann darf ich wohl sagen, mir ist, als würde mir heute noch ein Stück aus meiner Seele gerissen ...“. Letztendlich musste die Familie in das Internierungslager Ca-

stellezgassee ziehen, von wo sie am 19.2.1941, in plombierten Waggons, nach Polen in das Ghetto Kielce (Arbeitslager Kielce) deportiert wurde. Auf Wunsch ihrer Eltern wurde Alice im Ghetto mit Otto Rusz vermählt, da diese befürchteten, das Arbeitslager nicht zu überleben und Alice alleine zurück-

Dort wurde sie, durch schwere Krankheit körperlich geschwächt, 1945 von der SS vertrieben. Sie konnte sich jedoch bei einer Familie in Sicherheit bringen und erreichte Wien im November 1945. Hier erfuhr sie, dass ihr Mann schwerstkrank die Lager Auschwitz, Dachau und Bergen-Belsen überlebt hatte.



Jüdische Deportierte in Kielce, 1. 6. 1941: 1. Reihe, 3. von rechts (mit Davidstern-Armbinde) Alice Schleifer verh. Rusz, 3. Reihe, 1. v. r. Anna Schleifer (sitzend), 7. v. r. Eduard Schleifer (schwarzes Hemd).

lassen zu müssen. Ihre Mutter Anna Schleifer wurde im August 1942 nach Treblinka deportiert, wo sie auch zu Tode kam. Alice, ihren Vater und ihren Mann deportierte man im August 1944 nach Auschwitz, wo sie bei ihrer Ankunft an der berühmten „Rampe“ selektiert wurden. Alice sah ihren Vater Eduard Schleifer nie mehr wieder. Weitere vierzehn Mitglieder ihrer Familie starben in den Gaskammern der SS.

Für Alice und ihre Leidensgenossinnen folgte dann im November 1944 der Marsch nach Ravensbrück, der für viele zum Todesmarsch wurde. Von Ravensbrück erfolgte die Deportation in das Außenlager Malchow.

Die beiden waren die einzigen Überlebenden einer einstmaligen großen Familie.

Alice Rusz war seit Jänner 1980 Angehörige unseres Bundes. Sie war Mitglied des Bundesvorstandes und des Wiener Landesvorstandes.

Alice wurde am Ostermontag bestattet. An ihrer Beerdigung nahmen mehrere Mitglieder unseres Bundesvorstandes teil. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus verlieren mit Alice Rusz eine treue, lebenswürdige Weggefährtin.

Wir werden sie immer als großartigen Menschen in Erinnerung behalten. Adieu, Lilli.

Edith Krisch

Die Schreckenstage von Stein

Am 6. April 1945, vor 55 Jahren, wurden im Gefängnishof der Strafanstalt Stein an der Donau von SS, Gendarmerie, Wehrmachts- und Volkssturmeinheiten 368 Häftlinge grausam ermordet. Die Nazi-Zeitung „Donauwacht“ brachte darüber am 6. Mai 1945 folgende Falschmeldung: „In schwerer Verletzung ihrer Dienstpflicht gaben Justizwachebeamte des Zuchthauses Stein an Zuchthäusler Waffen aus und ließen einen Teil der Strafgefangenen aus der Anstalt. Es kam zu einer regelrechten Revolte der Zuchthäusler. Auf Veranlassung der Kreisleitung wurde sofort ein Pionierbataillon alarmiert und mit Waffengewalt gegen die Aufständischen vorgegangen. In kurzer Zeit war die Revolte niedergekämpft. Ein Standgericht sprach das Todesurteil gegen die vier Hauptverantwortlichen aus.“ Was sich damals am 6. April und danach tatsächlich ereignete, wird in einem authentischen Bericht wie folgt dargestellt: „Während schon aus den Vororten Wiens der Kampflärm deutlich zu hören war, wurde das Wiener Landesgericht geräumt. Man ließ alle Häftlinge frei, außer den vierzig oder fünfzig, die auf die Hinrichtung warteten, und etwa zwanzig zu langjährigem Kerker verurteilten politischen Häftlingen. Diese wurden von den Spitzenbeamten des Landesgerichts und einigen SS-Leuten auf einem grauenhaften Fußmarsch nach Stein eskortiert. Die Strafanstalt Stein war bereits leer, nachdem dort am 6. April 368 Häftlinge in einem grauenhaften Massaker erschossen worden waren. Alle Todeskandidaten, die aus dem Wiener Landesgericht nach Stein verschleppt worden waren, wurden am 15. April 1945 im Auftrag des Wiener Generalstaatsanwalts, der auch nach Stein geflüchtet war, erschossen.“

Hermann-Langbein-Symposium

Meine Warnung geht an alle Nachgeborenen. Man hat den Nachgeborenen einmal gesagt, es wäre eine Gnade gewesen, dass sie später geboren sind. Das ist keine Gnade. Das ist eine Bürde. Eine Last, die ihnen auferlegt wurde. Sie können nichts dafür, was vor fünfzig Jahren endete. Aber sie müssen sich damit befassen, damit sie überlegen, wieso konnte es kommen, und Schlussfolgerungen ziehen, was hat zu geschehen und was ist zu unterlassen, damit es sich nicht wiederholt. Davor dürfen wir uns nicht drücken.“

Dieser Appell Hermann Langbeins aus dem Jahre 1995 anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau wurde konsequent vom Pädagogischen Institut des Bundes für Wien aufgenommen und in jährliche Tagungen umgesetzt. Wieder fand vom 3. bis 7. April 2000 das „Hermann-Langbein-Symposium“ statt, Thema: „Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus“, diesmal im Museum Industrielle Arbeitswelt in Steyr. 27 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus unterschiedli-

chen Schul- und Bildungseinrichtungen aus mehreren Bundesländern erhielten fundierte Wissensvermittlung über einige Aspekte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, wobei didaktische Umsetzungsbeispiele nicht zu kurz kamen. Das Informationsangebot umspannte unter anderem die Themenbereiche „Die Rassenideologie des Nationalsozialismus“ (Horst Seidler), „Die Euthanasie im NS-Staat T 14 und 14 f 13“ (Ute Hoffmann), „Das DÖW als Quelle zeitgeschichtlicher Schulprojekte“ (Herbert Exenberger). Dazu berichteten Zeitzeugen – die ehemaligen Häftlinge Franz Danimann (Auschwitz), Hans Marsalek (Mauthausen) und der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma Rudolf Sarközi (Lackenbach) – wie immer in einer gelungenen Symbiose mit den Vorträgen über die Menschen verachtende Wirklichkeit des Nationalsozialismus. *H. E.*

In dieser Ausgabe:
Ungezeichnete Beiträge von Ernst Nedwed und Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung).

Redaktionsschluss: 20. Mai 2000

Peter Marboes offene Worte

Bei der Jahresversammlung des „Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes“ im Wiener Alten Rathaus hielt der Wiener Kulturstadtrat Peter Marboe die Festrede. Er würdigte das DÖW als „zentrale Einrichtung im Dienst der Demokratie, die dazu beiträgt, in Österreich jene klärende und reinigende Diskussion zu führen, die das Land auch und gerade heute braucht.“ Unter anderem sagte Marboe (der seitens der ÖVP in den Stadtsenat entsendet worden ist) in seiner Ansprache: „Ich kann Bilanz ziehen in meiner politischen Tätigkeit in Wien, ich weiß, wie die Freiheitliche Partei agiert, wir brauchen nicht nur zu spekulieren, im Atmosphärischen zu bleiben – ich weiß, was sie tut, ich weiß, wogegen gestimmt wurde, ich weiß, wie man denunziert wurde, ich weiß, wie schnell man ein Kinderpornograph ist oder ein Blasphemiker, und ich weiß, wie schnell man (alles sozusagen eigene Erfahrung) ein Mitglied einer jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung ist, wenn man irgendwann einmal gesagt hat: ‚Wenn es zum Antise-

mitismus kommt, dann sollten sich die Vernünftigen und die Bemühten in allen Parteien gegen die Unvernünftigen und Nichtbemühten in allen Parteien zusammenschließen.“ Daraus wurde gleich der Vorwurf abgeleitet oder



Foto: Volava

konstruiert, ich würde für die Abschaffung des österreichischen Parteiensystems eintreten. Wenn man diesen Level der Auseinandersetzung einmal kennt, dann braucht man auch nicht viel zu spekulieren, wie es ausschauen könnte, wenn man hier nicht rechtzeitig entgegenwirkt ...“ Dafür sei dem DÖW ganz besonders zu danken.

Van Staa und die Burschenschafter

Nachdem der Rektor der Universität Innsbruck die Abhaltung des von den Burschenschaften in der Uni geplanten Festkommers untersagt hatte, waren die rechts stehenden Studenten ins Kongresshaus übersiedelt. Gegen die rund 400 teilnehmenden Korporierten demonstrierten mindestens dreimal so viele ihrer Gegner, zumeist Studenten, unter dem Motto „Einig gegen Rechts“ in der Innenstadt. Trotz der dem Kommers vorangehenden Kontroversen und den Hinweisen auf rechtsextreme Aktivitäten der Burschenschafter ließ es sich Bürgermeister Herwig van Staa nicht nehmen, den Ehreenschutz über die Veranstaltung zu übernehmen. Nicht genug damit, sagte er in seiner Begrüßungsrede unter anderem:

„Ich dachte, dass sich für Politiker die Frage vom Elitenschutz überlebt hat. Ich habe dazu-

gelernt: Wenn es Gruppen gibt, die anderen die Ehre abschneiden, ist man gefordert, diese Ehre zu schützen, und das tue ich [...] Es gibt Demonstrationen in der Stadt, und man hat den Eindruck erweckt, es würde hier eine rassistische Veranstaltung stattfinden – eine unglaubliche Unterstellung [...] Ich kenne eine ganze Reihe von waffenwehrhaften Studenten, mit denen ich in vielen Fragen nicht einer Meinung war, die aber immer als Demokraten aufgetreten sind. Auf der anderen Seite waren in der 68er-Bewegung viele Menschen, denen Demokratie nichts bedeutet hat und die terroristische Aktionen nicht nur geduldet, sondern dazu aufgerufen haben [...] Und wenn eine altehrwürdige Universität wie die Uni Innsbruck die Geschichte vergisst und vergisst, was ihre Gemeinschaften für die Entwicklung der Uni-

versitäten geleistet haben, sollte eines Tages hier ein Rektor stehen und sich für die Versäumnisse und Entscheidungen der Jetztzeit bei Ihnen entschuldigen.“

Diese Rede Van Staas (der selbst Mitglied des VP-nahen CV ist) hat beim Österreichischen Cartellverband Befremden ausgelöst. Dessen Präsident Höfle betonte, dass sich der CV „ganz klar von den Umtrieben der Burschenschafter“ distanzieren, die „unter dem Deckmantel einer akademischen Diskussion rechtsextremes Gedankengut hoffähig machen wollen“. Uni-Rektor Moser verteidigte die Ausladung der „Schlagenden“ unter anderem damit, dass er nicht wegen Gruppen, die mit Rechtsradikalismus in Zusammenhang gebracht werden, die internationalen Programme der Universität gefährden wolle.

Buchenwald 2000: „Zeugen der Zeugen“

Wir erklären uns mit allen Opfern solidarisch und werden unseren Kampf fortsetzen, damit die große Hoffnung der Menschheit endlich realisiert wird, die in unserem Schwur vom 19. April 1945 lag. Der Jugend gehört die Zukunft, und sie möge sie im Sinne des Friedens, der Freiheit und des Glücks in der Welt gestalten“, heißt es in der Erklärung vom April 2000 des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos. Als Vertreter der österreichischen Häftlinge wirkt unser Genosse Leopold Brännler in diesem Komitee.

Ehemalige Häftlinge, wie etwa Kurt Goldstein und der Vorsitzende des Häftlingskomitees Pierre Durand, gedachten am 9. April 2000 in bewegenden Worten der Befreiung auf dem Ettersberg vor 55 Jahren. Gleichzeitig zeigten sie auch die weiteren Wegmarkierungen auf, wobei sie helfen wollen, „Zeugen der Zeugen“ auszubilden, um auch weiterhin das Erbe von Buchenwald zu bewahren.

Vor der Befreiungsfeier besichtigte unsere österreichische Gruppe die KZ-Gedenkstätte Buchenwald, vorbildlich betreut von den beiden österreichischen Gedenkdienern. Wie absurd kommen einem da die Angriffe der FPÖ-Abgeordneten Helene Partik-Pablé auf die „Gedenktafeln pflegenden Zivildienstler in Jerusalem“ vor. Sind es doch gerade unsere Gedenkdiener, die zum Ansehen unseres Landes – in Zeiten wie diesen – wesentlich mehr beitragen, als die schwarz-blaue Regierung. Bereits vor dem Lagereingang ist



Das zynische Motto am Eingang zum KZ Buchenwald

man entsetzt über den blanken Zynismus der Naziverbrecher, der sich schon beim massiven Eisentor – „Jedem das Seine“ – zeigt. Ein wenig von der Gruppe losgelöst, bewegen sich meine Schritte fast mechanisch über den Appellplatz zu den mit Kupferschlacke markierten Grundflächen der einstigen Häftlingsbaracken. Im Kopf drehen sich Namen und Schicksale von österreichischen Genossen aus diesem Konzentrationslager – etwa Dr. Robert Danneberg, Oskar Sternglas, Roman Felleis, Hans Künke, Dr. Heinrich Steinitz, Ferdinand Tschürtz. Sie wurden in Auschwitz-Birkenau und in der Euthanasieanstalt Bernburg ermordet, von der SS in Buchenwald erschossen, Opfer eines alliierten Luftangriffs auf die Rüstungswerke und auf die SS-

Kasernen in Buchenwald oder sind an Entkräftung nach den täglichen Drangsaliierungen hier gestorben. Sie und die Tausenden anderen hier ermordeten und verreckten Häftlinge in dieser Terrorstätte der SS sind während der ganzen Zeit meine unsichtbaren Begleiter, auch dann, wenn ich vor dem steinernen Abgrund der jüdischen Gedenkstätte des Blocks 22 stehe, aufmerksam im Kammergebäude die historische Dauerausstellung betrachte oder mit innerer Anteilnahme die künstlerischen Arbeiten von Häftlingen aus dem KZ Buchenwald in

der Ausstellung „Überlebensmittel, Zeugnis, Kunstwerk, Bildgedächtnis“ sehe. Wir nehmen an der eindrucksvollen Befreiungskundgebung vor dem Mahnmal, dem Glockenturm, teil, die ehemaligen österreichischen KZ-Häftlinge aus Buchenwald und Dachau sowie jüngere Menschen – „Nachgeborene“ –, die als Begleiter mitführen. Die freundlichen Begegnungen und Gespräche mit den ehemaligen Häftlingen tun uns gut. Wieder spüre ich deutlich ihre Solidarität, die mich schon über einige Jahrzehnte begleitet. Umsichtig wirkte Hilde Fein für unsere Reisegruppe. Auch das soll hier lobend erwähnt werden.

Herbert Exenberger

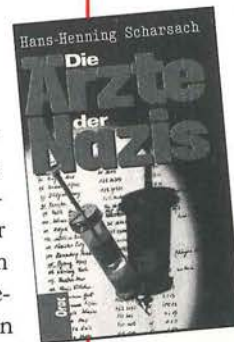
Neue Bücher

Andrea Steffek: Rosa Jochmann

„Rosa Jochmann – ‚Nie zusehen, wenn Unrecht geschieht‘“ ist der Titel dieses neuen Buches über die unvergessene sozialdemokratische Politikerin und Antifaschistin. In ihm wird speziell ihre Tätigkeit als Betriebsrätin und Gewerkschafterin beleuchtet. Aber diese lässt sich nicht trennen von ihrem unermüdlichen Kampf zuerst gegen die Austrofaschisten, dann gegen die Nazis. So entsteht ein eindrucksvolles Gesamtbild ihres Wirkens und Aufklärens, das zusätzlich mit einer Dokumentation verschiedener Beiträge aus Jochmanns Feder belegt wird (Manz Verlag, Wien, öS 127,-)

H.-H. Scharsach: Die Ärzte der Nazis

Die Affäre Gross hat dieses Buch von Hans-Henning Scharsach, der durch die Bücher „Haiders Kampf“ und „Haiders Clan“ bekannt wurde, besonders aktuell gemacht. Es stellt die von Medizinern entwickelten rassenhygienischen Konzepte dar, die Hitler das Alibi zum Massenmord an Behinderten und „Andersrassigen“ boten und zeigt, in welchem Ausmaß Ärzte nicht nur in der Theorie, sondern auch in der verbrecherischen Praxis in das Mordsystem verstrickt waren. Josef Mengele ist nur das bekannteste Beispiel, aber keineswegs eine Ausnahme; SS-Ärzte standen in Auschwitz an der Rampe, drehten die Gashähne auf und missbrauchten Häftlinge reihenweise für ihre meist tödlichen Experimente. (Verlag Kremayr & Scheriau, Wien, öS 291,-)



Heimwehleid gegen die Re

Vor 70 Jahren, am 18. Mai 1930 bekannten sich die Heimwehren mit dem „Korneuburger Eid“ offen zur Zerstörung der Demokratie; das war der Anfang vom Ende der Ersten Republik. Vor den angetretenen „Hahnenschwanzlern“, wie der Volksmund sie nannte, verlas der Tiroler Rechtsanwalt Richard Steidle, Bundesführer der so genannten Heimatschutzverbände, ein Programm, in dem es hieß:

„Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen [...] Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wurde.“

Auf diese offen ausgesprochene Absage an die demokratische Republik verpflichteten die Männer in Korneuburg sich mit einem „heiligen Eid“. Als Erster leistete der Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr, Julius Raab, das Gelöbnis in die Hände von Bundesführer Steidle. Am Ende der Veranstaltung verkündete der steirische Rechtsanwalt Walter Pfrimer, der zweite Bundesführer der Organisation, dass „heute sich ein geschichtliches Ereignis vollzogen hat“. Das war es in der Tat: Die paramilitärische Heimwehr, die nach eigenen Angaben mehr als 400.000 Mitglieder zählte, hatte sich offen zu einem faschistischen Kurs, also zum Umsturz, bekannt.

Nach dem Vorbild der deut-

schen Freikorps, zu denen enge Verbindungen bestanden, waren die Heimwehren als Schutztruppe gegen revolutionäre Bewegungen der Linken aufgebaut worden. Industrielle, allen voran der steirische Alpine-Montan-Konzern, und reiche Großgrundbesitzer wie der oberösterreichische „Fürst“ Ernst Rüdiger Starhemberg übernahmen die Finanzierung dieser Bürgerkriegstruppe. Nachdem 1922 Mussolini in Italien mit seinen Schwarzhemden das erste faschistische Regime errichtet hatte, wurden auch die Heimwehren immer stärker in die gegen die Demokratie gerichtete internationale Strömung einbezogen und mit Waffen versorgt. Besonders Starhemberg sah im „Duce“ Mussolini sein Vorbild. Aber auch der Führer der österreichischen Christlichsozialen Ignaz Seipel, ein Prälat, der wiederholt als Bundeskanzler den bürgerlichen Regierungen in Österreich vorstand, setzte zunehmend auf die Heimwehren als Bundesgenossen.

Mit dem Blutbad vor dem Justizpalast im Juli 1927 hatte die Regierung selbst die Schleusen zur Gewalt geöffnet. Die Kluft zwischen dem linken und dem rechten „Lager“ in Österreich war unüberbrückbar geworden. Der steirische Heimwehrführer Pfrimer, der auch Kontakte zu den stärker werdenden Nationalsozialisten aufgenommen hatte, konnte es nicht mehr erwarten, den „Korneuburger Eid“ in die Tat umzusetzen, und versuchte im September 1931, die Demokratie durch einen Putsch zu stürzen. Er rief sich zum „Staatsführer“ aus, doch interne Streitereien in der Heimwehr und ein rasches Eingreifen des Bundesheers ließen den Aufstand nach zwei Tagen kläglich



Heimwehrführer Starhemberg (rechts) bei Mussolini

zusammenbrechen. Pfrimer flüchtete nach Jugoslawien; bezeichnenderweise für die Verhältnisse in Österreich wurde er im darauf folgenden Gerichtsverfahren freigesprochen. Auf Betreiben Starhembergs hatte die Heimwehr bei den Nationalratswahlen 1930 eine eigene Liste aufgestellt, und mit acht

Abgeordneten zog der Heimatblock als politische Gruppierung in das Parlament ein, das er zerstören wollte. In dieser Absicht waren die Heimwehrler eins mit den Nationalsozialisten. Diese hatten zwar in Österreich bei Parlamentswahlen nie ein Mandat erreicht, jedoch 1932 bei diversen Regionalwahlen gro-

publik

ßen Zuwachs erhalten. In diesem Jahr wurde Engelbert Dollfuß zum Kanzler berufen. Er befürchtete, dass seine Christlich-soziale Partei von links und rechts, von Sozialdemokraten und Nazis, zerrieben würde, verband sich mit der Heimwehr und nutzte einen Geschäftsordnungsfehler im Parlament zu dessen dauernder Stilllegung. Fortan regierte er autoritär und schwenkte im Vertrauen auf Mussolini als Schutzherrn gegen Hitler auf den Heimwehrkurs der Ersetzung der demokratischen Republik durch einen „Ständestaat“ ein. Im Februar 1934 wurde die Sozialdemokratie zerschlagen. Bei den Kämpfen zeichnete sich die Heimwehr als Hilfstruppe der Exekutive durch besondere Brutalität aus. In der Regierung Dollfuß spielten die Heimwehrführer eine wichtige Rolle. Nach dessen Ermordung durch die Nazis wurde Vizekanzler Starhemberg sogar Bundesführer der austrofaschistischen Einheitspartei „Vaterländische Front“, doch sein enges Verhältnis zu Mussolini belastete die österreichische Außenpolitik, und 1936 wurde er von Schuschnigg ausgebootet.

Die Schicksale der Heimwehrführer nach dem Einmarsch Hitlers waren denkbar unterschiedlich: Starhemberg gelang die Flucht nach Südamerika, der Wiener Heimwehrchef Emil Fey beging Selbstmord, Steidle starb im KZ Buchenwald, Pfrimer wurde dank seiner Verbindungen zu den Nazis Abgeordneter in Hitlers Reichstag und Julius Raab, 1945 einer der Mitbegründer der ÖVP, war 1953–1961 Bundeskanzler der Zweiten Republik.

Manfred Scheuch

Rechtsextremismus nahm 1999 zu

Delikte, denen rechtsextreme, fremdenfeindliche oder antisemitische Motive zugrunde liegen, haben im Vorjahr in Österreich beträchtlich zugenommen. Das geht aus dem im April veröffentlichten Jahresbericht des Innenministeriums hervor. Die Zahl der Anzeigen in diesem Bereich (etwa wegen Verdachts auf NS-Wiederbetätigung, Verhetzung oder Holocaust-Leugnung) stieg im Vergleich zu 1998 um 82,9 Prozent von 392 auf 717. Die Zahl der begangenen Tat handlungen (unter anderem Schändung jüdischer Friedhöfe oder Gewaltanwendung gegen Ausländer) stieg um 33,6 Prozent von 283 auf 378. Der Bericht vermutet als Grund für das Ansteigen, dass sich die Verunsicherung der Rechtsextremisten durch die jahrelangen Briefbombenermittlungen gelegt hat. Laut Bericht sind die Aktivisten dieser Szene nicht nur „gefestigte Ideologen“, sondern auch immer mehr „Systemverdrossene“, deren politische, gesellschaftliche oder ökonomische Ansprüche



nicht in Erfüllung gehen. Entsprechende Tendenzen waren in ganz Österreich zu beobachten. Besonders traten rechtsextreme, teils auch aggressive Skinhead- und Jugendgruppen im Burgen-

land, in der Steiermark und in Kärnten in Erscheinung. Den schlagenden Burschenschaften bescheinigt der Bericht „unterschwellig und verlausulierten Rechtsextremismus“.

Gegen die AK – 1933 und heute

Als die Regierung Dollfuß 1933 daranging, nach der Lahmlegung des Nationalrats die österreichische Demokratie völlig zu zerstören, war ihr erstes Opfer die Arbeiterkammer. Mit Verordnung vom 30. Juni 1933 wurde die Wahl von Leitungen der Arbeiterkammern abgeschafft. Die Führung der Kammern wurde einer Verwaltungskommission übertragen, deren Mitglieder von der Regierung ernannt wurden.

Da sich in den Betrieben Widerstand gegen diese Gleichschaltung der Arbeiterkammern ent-

faltete und in Resolutionen verlangt wurde, die Ergebnisse der Wahlen in die Arbeiterkammern zu respektieren, schrieb das Zentralorgan der regierenden Christlichsozialen, die „Reichspost“, am 4. Jänner 1934: „Wie tief die österreichische Sozialdemokratie geistig noch im Vormärz steckt, hätte kaum drastischer dargetan werden können, als durch ihr verständnisloses Verhalten bei der Bestellung der Verwaltungskommission der Arbeiterkammern. Das Österreich der Erneuerung wird nicht von Zahlenproporz und Ziffernme-

chanik beherrscht werden, nicht ein Spielball in den Händen politischer Zauberkünstler, nicht ein blutleeres Produkt von Rechenexemplaren sein. Gewissen, Pflichtgefühl, Verantwortungsbewusstsein kennt keinen Proporz.“ Die Austrofaschisten machten die Arbeiterkammern faktisch zu einem Regierungsorgan, die Nazis lösten sie auf. Das Ziel, die Kraft der gesetzlichen Vertretung der Arbeiter und Angestellten zu brechen, wird heute wie damals verfolgt. Nur die Methode ist anders.

Kurt Stimmer

Überprüfung Scheibners

Der Vorsitzende von „SOS Mitmensch“ Georg Danzer hat Bundespräsident Klestil brieflich um eine Überprüfung des gegenwärtigen Verteidigungsministers Herbert Scheibner (FP) ersucht. Klestil habe, so Danzer, den Wiener Parteiboss Hilmar Kabas zu Recht wegen dessen fremdenfeindlicher und rassistischer Wahlkampfführung als Regierungsmitglied abgelehnt. Aber auch Scheibner sei als Spitzenkandidat der Wiener Freiheitlichen im Nationalratswahlkampf für die „Überfremdungsplakate“ verantwortlich. Schon 1992 sei er Organisator des „Ausländervolksbegehrens“ gewesen. Noch in einem Interview im „Kurier“ vom 27. März 2000 habe er es abgelehnt, sich von der Wahlkampagne 1999 zu distanzieren.

NPD-Pläne

Die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) will sich nach Angaben des Parteisprechers Peter Baier auch in Österreich (und in der Schweiz) etablieren. In Österreich sei neben Haider für die NPD noch viel Raum, meinte Haider. Eine Anfrage der NPD über die Vorschriften zur Parteiengründung in der österreichischen Botschaft in Berlin wurde an das Innenministerium weitergeleitet. Die NPD müsse freilich „vorsichtig agieren“, sagte Baier, man habe sicher Probleme „mit den dortigen Paragraphen, die bekanntermaßen die Meinungsfreiheit stark einschränken“.

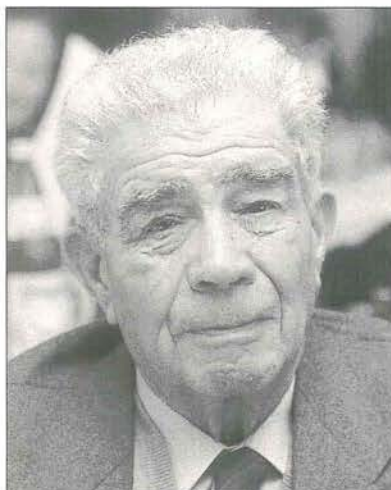
Hans Pawlik wieder Landesvorsitzender in Kärnten

Die Landeskonferenz des Landesverbandes Kärnten der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer fand am 12. Mai im ÖGB-Haus in Klagenfurt statt.

Der Landesvorsitzende Prä. a. D. Hans Pawlik informierte die Anwesenden in seinem Arbeitsbericht u. a. über das gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände begonnene wichtige Projekt zur Erhaltung des vom bekannten Kärntner Künstler Valentin Oman gestalteten „Zentralen Opferdenkmales“ in der Hauptallee des Klagenfurter Zentralfriedhofes Annabichl und über die alljährlich zu Weihnachten stattfindende Unterstützungssaktion für schlechter situierte Mitglieder des Landesverbandes. Ganz besonders verwies Hans Pawlik auf das Projekt, Schulklassen den Besuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen finanziell zu ermöglichen, und dankte dabei Frau Hilde Grebichler für ihre großzügige Unterstützung.

Genosse Vinzenz Jobst – er ist auch federführend beim Denkmalprojekt tätig – berichtete über den von den Nazis Anfang 1943 hingerichteten Widerstandskämpfer Anton Uran. Dieser hatte sich aus grundsätzlicher Ablehnung von Waffengewalt gegen Menschen geweigert, in der Deutschen Wehrmacht zu dienen, und wurde am 22. Jänner 1943 vom obersten Wehrmachtsgericht, dem Reichskriegsgericht in Berlin we-

gen „Zersetzung der Wehrkraft“ nach § 5 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung zum Tode sowie zum „Verlust der Wehrwürdigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte“ verurteilt. Vinzenz Jobst und die Familie Uran bemühten



sich drei Jahre um die Rehabilitation Anton Urans. Schließlich erfolgte auf Antrag des Bruders von Anton Uran, Erasmus Uran, durch das Landesgericht Wien unter Richter Peter Loibl die Aufhebung des NS-Urteils gemäß § 4 des im Juli 1945 auf Druck der Alliierten von der provisorischen Staatsregierung erlassenen Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes. In der Folge kam es in mehr als sechs gleichen Fällen zu Urteilsaufhebungen. Vinzenz Jobst berichtet in seinem Buch „Anton Uran: verfolgt – vergessen – hingerichtet“ über das wir noch näher informieren werden, den Leidensweg des Kärntner Widerstandskämpfers.

SPÖ-Landesgeschäftsführer Herbert Würschel war Gast des Landesverbandes Kärnten. Er berichtete über die traditionell gute Kooperation zwischen der Landes-SPÖ und den Freiheitskämpfern und versprach deren Arbeit weiterhin zu unterstützen.

Bei der nachfolgenden Wahl wurden folgende Personen in den Landesvorstand gewählt: Landesvorsitzender: Hans Pawlik, stellv. Vorsitzender: Franz Bogotaj und Vinzenz Jobst, Kassier und Schriftführer: Franz Pogantsch, Beiräte: Dr. Peter Kaiser und Günter Popovtschak, Kontrolle: Othmar Müller und Ing. Peter Dovjak.

Die Bundessekretärin der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Edith Krisch überbrachte Grüße der Bundesorganisation, dankte im Namen des Bundes für die erfolgreiche Tätigkeit der Landesgruppe und wünschte dem neu gewählten Vorstand viel Erfolg bei der Verwirklichung des geplanten Projektes. Ganz besonders sei, so meinte Genossin Krisch, hervorzuheben, dass es dem Landesverband in letzter Zeit gelungen ist, jüngere Menschen für die Arbeit des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfers zu interessieren, diese als Mitglieder zu werben und gemeinsam mit ihnen, unter dem Leitspruch „Niemand vergessen“, sowohl die Printmedien als auch das neue Medium Internet zu nutzen.

E. K.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt. **Zulassungsnummer:** WoGZ 58 U

Herr

DVR: 0904783

LEOPOLD BRÜNNLER
WERKMANN, 1-2/3/13
1190 WIEN